

Entwurf

Input für die task force Beteiligung

AntragsstellerIn: Michael Kellner, Michael Kellner

Gegenstand: Beteiligungspartei 2019

1 Vorschlagstext

2 *Wir Grünen sind 2019 die erste Partei, die Offline und Online auf allen Ebenen*
3 *verbunden hat und zu einer Beteiligungspartei neuen Typs geworden ist. Die*
4 *Debatte brummt. Wir sind attraktiv. Immer mehr Menschen wollen bei uns*
5 *mitmachen. Sie sind gerne Mitglied. Sie werden ernstgenommen und bestimmen den*
6 *Kurs der Partei mit - auch außerhalb klassischer Gremiensitzungen, die als Ort*
7 *der Wahlen und der vertieften Debatte neue Attraktivität gewonnen haben.*

- 8 • *250 Mitglieder ärgern sich über den Geschäftsführer und sein blödes*
9 *Wahlplakat und fordern in einer Online-Petition eine Erklärung dafür.*
10 *Seine Stellungnahme findet breite Unterstützung im Netz. Das Plakat*
11 *wird der Renner.*
- 12 • *In Potsdam setzen die Mitglieder in einem Online-Mitgliederentscheid*
13 *durch, dass die Grünen sich für die Öffnung aller Wege für Radfahrer*
14 *durch Sanssouci aussprechen. Daraufhin sensationeller Erfolg für die*
15 *Grüne Hochschulgruppe bei der nächsten Wahl zum AstA der Uni Potsdam,*
16 *doch es folgt eine heftige Pleite bei der anschließenden Kommunalwahl.*
- 17 • *Der Landesverband Berlin entdeckt in einer Mitgliederbefragung, dass*
18 *die meisten Mitglieder für die Beibehaltung von Gymnasien sind. In*
19 *einer lebhaften Debatte gelingt es der Parteispitze schließlich, die*
20 *Partei von dem Konzept der Gesamtschule zu überzeugen und eine*
21 *entsprechende Haltung im Wahlprogramm zu verankern. Die entscheidende*
22 *Rede wider einen blinden Klickaktivismus hält Gesine Agena. Ihre*
23 *Follower-Zahlen bei Twitter erreichen neue Rekordstände.*
- 24 • *Dr. Phillip Schmagold startet fünf Mitgliederbegehren. Nichts*
25 *passiert.*
- 26 • *Die Grüne Jugend und die BAG Verkehr starten gemeinsam ein*
27 *Mitgliederbegehren zu ÖPNV-Flatrates. Der BuVo gibt in Rücksprache mit*
28 *der Bundestagsfraktion eine ablehnende Stellungnahme ab. Die Debatte*

29 läuft weiter. Ein Online-Meinungsbild ergibt 60 Prozent Unterstützung
30 für die Grüne Jugend. Der Vorstand und die Bundestagsfraktion
31 verlieren daraufhin erstmalig seit Jahren eine Parteitagsabstimmung
32 gegen die Grüne Jugend. Die ÖPNV-Flatrate wird Bestandteil des neuen
33 Grünen Grundsatzprogramms. Leider feiert der Vorstand der Grünen
34 Jugend seinen Sieg so ausführlich, dass sie am nächsten Tag die
35 Haushaltsabstimmung verpassen. Mit einem kurzfristigen Änderungsantrag
36 setzt der Bundesschatzmeister gemeinsam mit dem Bundesfinanzrat die
37 Halbierung der altgrünen Zuschüsse zur GJ durch. Katerstimmung.

38 • Nach einer strittigen Debatte entscheiden sich die Mitglieder in einem
39 Mitgliederentscheid für die Aufhebung des Bildungsföderalismus. Fast
40 60 Prozent aller Mitglieder haben sich beteiligt. Ministerpräsident
41 Kretschmann tobt. Er kündigt daraufhin an, 2021 erneut als MP
42 anzutreten. Kronprinz Cem wechselt frustriert in die Wirtschaft. Als
43 Deutschland-Chef von Tesla fädelt er den Kauf von Daimler in Stuttgart
44 ein. 2023 entscheidet sich der Landesverband dann für Simone als
45 Nachfolgerin. Als Dienstfahrzeug erhält sie eine Elektro-Limousine von
46 Tesla.

47 So oder so ähnlich. 2019 können 250 Parteimitglieder den Vorstand zum Handeln
48 auffordern, dieser muss innerhalb von 14 Tagen reagieren. Zur Vorbereitung
49 strittiger Debatten gibt es Meinungsumfragen in der Mitgliedschaft inklusive
50 intensiver Debatten in Kreis- und Ortsverbänden, bei Basistreffen und online auf
51 den grünen Debattenseiten. Und so manches Mal gibt es innerhalb von Kreis- und
52 Landesverbänden, von BAGen und vom Bundesverband Mitgliederentscheide zu
53 strittigen Themen. 97 Prozent der Mitglieder nutzen dafür unser grünes
54 Onlinetool, die anderen drei Prozent schicken dazu Briefe, die wir genauso
55 wertschätzen.

56 **Ich will, dass wir gemeinsam unsere Partei erfolgreich dahin weiterentwickeln,**
57 **die Möglichkeiten der Online-Beteiligung weitgehend zu nutzen: Grüne Mitglieder**
58 **sollen noch mehr Möglichkeiten zur Debatte und zur Mitentscheidung erhalten.**
59 **Dabei geht es mir darum, Beteiligung auch außerhalb klassischer**
60 **Gremienstrukturen zu ermöglichen. Damit machen wir die Partei fit für neue**
61 **Beteiligungsformen und steigern unsere Attraktivität für Mitglieder.**

62 **Exkurs Rolle der Parteien:**

63 Demokratie in modernen Gesellschaften ist ohne politische Parteien undenkbar.
64 Doch Parteien stehen vor der Aufgabe, sich dem gesellschaftlichen Wandel
65 anzupassen. Engagement wird heute kurzfristiger, unmittelbarer und oft außerhalb
66 von Parteien ausgeübt. Durch Digitalisierung entstanden neue Wege der
67 Beteiligung. Nichts davon macht Parteien überflüssig. Vielmehr ergeben sich
68 Chancen, die wir Grüne nutzen sollten. Die besondere Aufgabe von Parteien liegt
69 neben der Auswahl von politischem Personal, der Integration gesellschaftlicher
70 Gruppen und der Legitimation des politischen Systems auch in der
71 Partizipationsfunktion für Bürgerinnen und Bürger. Mitglieder von politischen
72 Parteien haben gerade in der repräsentativen Demokratie größere
73 Beteiligungsmöglichkeiten als Bürgerinnen und Bürger, die nicht in Parteien
74 engagiert sind: Sie haben neben der Möglichkeit, an den allgemeinen Wahlen
75 teilzunehmen, auch Einfluss auf die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten
76 für öffentliche Ämter und auf die Formulierung von Politikgehalten. Und genau

77 für diese Partizipationsmöglichkeiten von Parteimitgliedern bietet
78 Digitalisierung neue Chancen. Heute geht es darum, Parteien wieder zu stärken
79 und auch zu immunisieren gegen antipolitische Bewegungen.

80 **Daher geht es mir um folgende Ziele:**

- 81 1. Aktive und passive Parteimitglieder stärker am Parteileben zu beteiligen und
- 82 ihre Rechte innerhalb der Partei zu stärken. Größere Möglichkeiten für
- 83 Diskussionen, Meinungsäußerungen und Entscheidungen zu geben.
- 84 2. Parteigliederungen zu ermöglichen, neben der Offline-Arbeit auch online zu
- 85 arbeiten bzw. auch neue Ad-hoc-Arbeitsweisen zu ermöglichen.
- 86 3. On- und Offline integriert zusammenzudenken und so unsere Strukturen
- 87 durchlässiger und attraktiver zu gestalten.

88 **Was haben wir?**

- 89 · Antragsgrün - Antragsarbeit, Änderungsantragstellung
- 90 · Textbegründung und das Wurzelwerk haben etherpads zur kollektiven
- 91 Texterstellung
- 92 · Termine für Terminabfragen
- 93 · Kommentarmöglichkeiten auf gruene.de
- 94 · Open-ID-System bis Jahresende

95 **Was brauchen wir?**

- 96 • Ein Diskussionstool- und Entscheidungstool für die gesamte Partei, zum
- 97 Beispiel Brabbl für Webseiten, mit Kommentierungsfunktion.
- 98 • Abstimmungstool, das offen und einfach wie doodle ist und zugleich
- 99 passwortgeschützt zugänglich ist nur für grüne Mitglieder (durch
- 100 OpenID und die Sherpa kein Problem, alle Mitglieder haben ja auch ihr
- 101 Wurzelwerk-Passwort).
- 102 • Regeln für unverbindliche Meinungsbilder wie auch für verbindliche
- 103 Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheide.

104 Am Ende des Tages sollte eine möglichst barrierefreie Beteiligungsplattform
105 stehen, die für Mitglieder und Untergliederungen einfach nutzbar ist. Das ganze
106 kann als Projekt nur erfolgreich sein, wenn diese Plattform gerade auch in
107 Kreisverbänden und Landesverbänden angewandt wird.

108 **Was passiert gerade in anderen Parteien?**

109 Die FDP hat erfolgreich drei Online-Mitgliederbefragungen durchgeführt. Die SPD
110 lässt auf digitalleben.de über ihr Grundsatzprogramm diskutieren. Die CDU will
111 Rechte von Mitgliedern stärken, indem diese beispielsweise Anträge auf
112 Parteitag stellen können sollen. Wir Grüne könnten darüber lächeln und sagen,
113 dass wir mit Urwahl und unsere Antragsrechten doch viel weiter seien. Aber wir
114 sollten uns auf unserem parteiinternen Demokratievorsprung nicht ausruhen,
115 sondern diesen ausbauen.

116 **Wohin mit (Online-)Umfragen? - Ideen für die Bundesebene:**

117 **Stufe 1: Mitgliederbegehren**

118 250 Mitglieder können durch ein erfolgreiches Mitgliederbegehren die Behandlung
119 eines Themas im Bundesvorstand erzwingen. Die Antragssteller*innen erhalten
120 verpflichtend ein Votum bzw. eine Stellungnahme des Bundesvorstandes dazu. Auch
121 auf der Ebene der Landesverbände und der Kreisverbände besteht die Möglichkeit,
122 ein solches Mitgliederbegehren durchzuführen.

123 **Stufe 2: Mitgliederbefragung**

124 Der Bundesvorstand kann unverbindlich alle Mitglieder online zu Themen befragen.
125 Eine Befragung muss auch erfolgen, wenn ein Prozent der Mitglieder dies wünscht.
126 Ziel wäre es, auf Bundesebene zwei- bis dreimal im Jahr die Mitglieder zu
127 politischen Themenkomplexen zu befragen, um ihre inhaltliche Einschätzung
128 kennenzulernen. So könnte man zum Beispiel die Meinung der Mitglieder zu den
129 Schwerpunktthemen des Jahres erfragen. Als Vorstand muss man sich dann
130 allerdings trauen, auch kontroverse Fragen zu stellen. Das erfordert
131 Führungsfähigkeit und einen gewissen Mut. Ein Beispiel wären für mich die
132 letzten Programmprozesse: 2014 zur Freiheit und Ernährungs- und
133 Landwirtschaftspolitik oder 2015 zur Wirtschaft und Zeitpolitik. Beispielfhaft
134 hätte man hier die breitere Meinung der Mitglieder erfragen können, um
135 Diskussionen anzuregen, Kongresse zu planen oder Leitanträge zu erstellen.

136 **Stufe 3: Mitgliederentscheid/Urabstimmung**

137 Anders als bei Stufe 1 und 2 treffen wir hier parteirechtlich verbindliche
138 Entscheidungen. Das erfordert einerseits besondere Sorgfalt und hohe technische
139 Schutzhürden und andererseits die Vereinbarkeit mit den Vorgaben des
140 Parteiengesetzes.
141 Laut Parteiengesetz sind Entscheidungen über Vorstands- und Vorsitzendenwahlen
142 ebenso wie Entscheidungen über Parteiprogramme, Satzung, Beitragsordnung,
143 Schiedsgerichtsordnung, Auflösung und Verschmelzung Parteitag vorenthalten. In
144 all diesen Fällen sind laut dem Parteienrechtler Morlok nur empfehlende oder
145 bestätigende Mitgliederentscheide möglich mit der Ausnahme von Auflösung und
146 Verschmelzung von Parteien, dafür ist sowohl ein Parteitag als auch eine
147 Urabstimmung notwendig. Das Parteiengesetz sollte geändert werden, sodass auch
148 außerhalb von Parteitagen Entscheidungen über Parteiprogramme, Satzung,
149 Beitragsordnungen und Schiedsgerichtsordnungen möglich wären. Ich würde auch
150 Personenwahlen nicht ausschließen wollen, sehe aber momentan noch keine
151 ausreichende technische Lösung, um die Grundsätze einer allgemeinen, freien und
152 geheimen Wahl bei einer Internetwahl zu gewährleisten.
153 Wir haben zur Urabstimmung bereits ausführliche und technikneutrale Regelungen
154 in unserer Satzung, siehe § 24.

155 **Beteiligungstool allgemein:**

156 Technisch muss das Ganze so aufbereitet sein, dass es erstens online
157 funktioniert und zweitens für andere Untergliederungen nutzbar ist. Es müsste
158 **ein** Onlinetool für alle drei Schritte geben und Abstimmungen müssten über Open-
159 ID/Wurzelwerk erfolgen. Zusätzlich muss es offline eine Möglichkeit der
160 Teilnahme geben. Barrierefreiheit muss bei der Konzeption von Beginn an
161 mitbedacht werden.

162 **Frauenvotum:**

163 Analog zu unserer Satzung § 4 gibt es auch online die Möglichkeit eines
164 Frauenvotums. Das muss bei der Erstellung bedacht werden.

165 **Verfallsdatum der Beschlüsse und Wiederholbarkeit von Abstimmungen**

166 „Ein einmal urabgestimmter Inhalt kann erst nach Ablauf von 2 Jahren erneut
167 Gegenstand eines Urabstimmungsverfahrens sein“ (§ 24 (6) der Satzung).
168 Urabstimmungsergebnisse können auch erst nach zwei Jahren durch Parteitage
169 überstimmt werden. Dies sollte auch für die Ergebnisse von Mitgliederentscheiden
170 auf dem Onlinetool gelten.

171 **Trolle**

172 Trolle sind nicht nur ein Online-Problem. Wer kennt sie nicht: einzelne
173 Problembär*innen, die mit viel Zeit und Dauernörglerei Mitgliederversammlungen
174 und Offline-Debatten erschweren. Die Probleme sind online die gleichen. Daher
175 wollen wir eine Klarnamenpflicht bei Kommentaren auf unserem Onlinetool und
176 Bewertungsmöglichkeiten unter den Kommentaren, sodass Störer*innen auch ein
177 ehrliches Feedback bekommen.

178 **Ombudsperson**

179 Damit es eine neutrale Stelle gibt, an die sich Mitglieder wenden können, die
180 Zweifel an den Verfahren haben, sollten wir eine Ombudsperson für die
181 Beteiligungsplattform auf einer BDK wählen. Sie soll nicht die Schiedsgerichte
182 ersetzen, aber eine neutrale Anlaufstelle sein.

183 **Wie weiter?**

184 Rückmeldungen, Kritik, andere Vorschläge zum Papier sind ausdrücklich erwünscht.
185 Der Bundesvorstand setzt im Herbst 2016 eine Beteiligungs-Task force ein. Am
186 Rande des Bundesparteitags in Halle sollte die task force ein offenes Treffen
187 zur Ideendiskussion anbieten. Die task force soll bis zum Parteitag im November
188 2016 in Münster einen gangbaren Umsetzungsvorschlag, inklusive Finanzierung und
189 technischer Umsetzungsvorschläge vorlegen. Der Parteitag diskutiert die
190 Vorschläge und nimmt möglicherweise entsprechende Satzungsänderungen vor. Der
191 ganze Prozess kann nur dann ein Erfolg sein, wenn in den verschiedenen Gremien
192 und Gliederungen der Partei das Anliegen Beteiligungspartei 2019 diskutiert
193 wird.
194 Doch auch 2016 gehen wir weiter neue Wege. 2014 und 2015 haben wir Online-
195 Befragungen zur Evaluierung unsere Wahlkämpfe genauso genutzt, wie zur
196 Verbesserung unserer Mitgliederkommunikation oder zur Entscheidung über das
197 zentrale Kampagnenmotiv für Klimakampagne im Winter 2015. Im ersten Halbjahr
198 2016 befragen wir alle Mitglieder zu einem Schwerpunktthema, beispielsweise
199 Gerechtigkeit. Die Ergebnisse fließen mit in die Erarbeitung des Leitantes
200 für den Parteitag ein. Von noch größerer Bedeutung ist die Berücksichtigung von
201 Online-Beteiligung bei Bundestagswahlprogramm. Über Projekte,
202 Schwerpunktsetzungen und absehbar strittige Fragen sollten frühzeitig, also noch
203 im Erstellungsprozess alle Parteimitglieder befragt werden. Eine solche Umfrage
204 sollte aus meiner Sicht Ende 2016 erfolgen.
205 Ein weiterer Vorschlag für den Parteitag Ende 2016 ist, dass im Vorfeld alle
206 Mitglieder über die TOP 5 Anträge zu Verschiedenes abstimmen. Durch ein Votum
207 wird festgelegt, dass diese fünf Anträge auf jeden Fall behandelt werden. Damit
208 können die Redner*innen und gegebenenfalls Änderungsantragsteller*innen sich
209 bereits frühzeitig darauf vorbereiten. Darüber hinaus sollten dann fünf bis zehn
210 weitere Anträge weiterhin der Auswahl der Delegierten überlassen bleiben.
211 2016 werden wir auch wie 2012 erneut in einer Urwahl unsere
212 Spitzenkandidat*innen für die Bundestagswahl bestimmen. Sollte es im Nachgang zu

213 erfolgreichen Koalitionsverhandlungen kommen, dann sollten deren Ergebnisse nach
214 meiner Überzeugung in einer Urabstimmung durch alle Mitglieder bewertet werden.
215 Klar ist auch, wenn wir bis zum 40. Geburtstag der Partei im Januar 2020 ein
216 neues Grundsatzprogramm erarbeiten wollen, müssten Online-Mitgliederbefragungen
217 ein integraler Bestandteil eines solchen Prozesses sein.

218 Umsetzung der Ideen, ab hier für Nerds und Freunde der Satzung, also für Emily,
219 Jana und Felix

220 **I. Umsetzung Mitgliederbegehren**

221 Um Mitgliederbegehren einzuführen ändern wir entsprechend die Bundessatzung. Die
222 Satzungsregelung tritt in Kraft, wenn sich mindestens 40 Kreisverbände und acht
223 Landesverbände verpflichten, diese Regelung ebenfalls einzuführen. Dabei ist die
224 Anzahl der Mitglieder für ein erfolgreiches Begehren natürlich jeweils der Größe
225 des Landes- oder Kreisverbandes anzupassen. Alternativ kann man auf eine
226 Satzungsänderung verzichten, und die jeweiligen Vorstände geben sich selber
227 verbindliche Regeln in ihren Geschäftsordnungen. Eine Satzungsänderung gäbe der
228 Sache eine höhere Verbindlichkeit und auch eine entsprechende Sichtbarkeit.

229 *Beschreibung bzw. technische Anforderungen an Mitgliederbegehren*

230 Ein Mitgliederbegehren kann auf unserer Beteiligungsplattform oder, solange es
231 diese noch nicht gibt, auf der Webseite des jeweiligen Adressaten durch jedes
232 Mitglied gestartet werden. Klar muss dabei sein, auf welche Organisationsebene
233 es sich bezieht: Begehren auf Bundesebene werden auf gruene.de gestartet,
234 Begehren auf Landesebene auf den Webseiten der LVen und entsprechend auf KV-
235 Ebene auf deren Seiten. Alternativ kann man auch alles auf einer Seite bündeln.
236 Das wäre meine präferierte Lösung, weil es lebendiger und übersichtlicher wäre.
237 Allerdings müssen dann die Adressaten klar sichtbar und getrennt sein.
238 Erfolgreich ist es, wenn das Quorum erreicht wird. Mitzeichnen erfolgt
239 individuell: Mitglieder loggen sich ein und unterschreiben. Zugleich ist es für
240 Einzelne/Mitglieder möglich, Pro- und Kontraargumente zu der Initiative zu
241 formulieren und diese zu bewerten. Auf ein erfolgreiches Begehren wird innerhalb
242 von 20 Tagen reagiert. Die schriftliche Reaktion kann dann natürlich wieder
243 kommentiert und bewertet werden. Alle Bewertungsskalen sollen nicht auf „ja“ und
244 „nein“ angelegt sein, sondern auf gestuften Skalen („stark zustimmend“
245 „zustimmend“ „neutral“ „ablehnend“ „stark ablehnend“).
246 Das Verfahren kann ohne redaktionelle Freigabe erfolgen, wenn es einen
247 „Alarmbutton“ für alle gibt. Haben Dritte das Gefühl, ein Kommentar oder eine
248 Initiative ist menschenverachtend oder beleidigend, können sie das der Redaktion
249 melden, die innerhalb eines Arbeitstages reagiert. Da es sich ausschließlich um
250 Mitglieder handelt, sollte sich die Notwendigkeit dazu in Grenzen halten. Und
251 zugleich würden wie bei BDK-Anträgen Name und KV angegeben.
252 Wer sich nicht online beteiligen kann, hat die Möglichkeit, seine Meinung auch
253 per Brief oder Fax einzuschicken. Die Redaktion wird diese Schreiben dann
254 elektronisch auf der Debattenseite einpflegen, sodass diese ebenfalls allen
255 zugänglich sind und kommentiert und bewertet werden können.

256 **II. Umsetzung Mitgliederbefragung**

257 Befragungen können wir einfach durchführen und haben dies beispielsweise zur
258 Auswertung des Wahlkampfes bereits erfolgreich gemacht. Die Regelung, dass
259 beispielsweise ein Prozent der Mitglieder eine Online-Befragung der

260 Mitgliedschaft erzwingen können, müssten wir jedoch per Satzung regeln. Sobald
261 zu einer konkreten Fragestellung die Hürde genommen ist, hat der Bundesvorstand
262 bis zu drei Wochen Zeit, eine solche Befragung einzuleiten. Während der Sommer-
263 und Weihnachtspause können keine Befragungen stattfinden. Ähnliche Regelungen
264 sollten Kreis- und Landesverbände einfügen.

265 *Beschreibung bzw. technische Anforderungen an Mitgliederbefragungen*
266 Abstimmungen sollten im Regelfall nicht nur über „Ja“ und „Nein“, sondern über
267 mehrstufige Skalen erfolgen. Beim Beispiel der V-Anträge dagegen brauchen wir
268 keine Bewertungsskalen, sondern die Mitglieder müssten beispielsweise 5 Anträge
269 aus allen vorliegenden auswählen.

270 Der Abstimmungsprozess muss zu einem festen Zeitpunkt beginnen und zu einem
271 vorher definierten Zeitpunkt enden. Der Zeitraum sollte im Regelfall mehrere
272 Wochen umfassen. Während der laufenden Abstimmung gibt es keinen Zwischenstand
273 über Abstimmungsergebnisse, sondern nur darüber, wie viele Mitglieder
274 teilgenommen haben. Es sollte möglich sein, sein eigenes Abstimmungsverhalten zu
275 ändern. Die Idee dahinter ist, dass man zum einen nicht vom bisherigen
276 Abstimmungsergebnis beeinflusst wird und dass man zum anderen neue Erkenntnisse,
277 die man beispielsweise in den Diskussionen im Kreisverband gewinnt, ins eigene
278 Abstimmungsverhalten einfließen lassen kann.

279 Auch hier müsste für grüne Mitglieder, die keinen Internetzugang haben oder
280 nutzen wollen, die Möglichkeit bestehen, sich den Fragebogen offline zukommen zu
281 lassen und auf dem Papier abzustimmen. Die Redaktion würde dies wiederum
282 einpflegen.

283 Die von den Mitgliedern initiierten Mitgliederbefragungen sollten direkt auf der
284 Beteiligungsplattform gestartet werden können. Die dafür nötige Unterstützung
285 muss dafür vorher auf der Seite per Klick eingeholt werden.

286 **III. Umsetzung Mitgliederentscheid/Urabstimmung**

287 Wir haben bereits Mitgliederentscheide durchgeführt, beispielsweise zur
288 partiellen Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat. Ich würde gern den
289 nächsten Koalitionsvertrag in einem verbindlichen Mitgliederentscheid
290 verabschieden lassen. Zugleich wäre es spannend, zu einzelnen programmatischen
291 Sachfragen solche Entscheide zu testen. So könnte man beispielsweise einmal im
292 Jahr einen gebündelten Mitgliederentscheid zu inhaltlichen Fragen machen. Dazu
293 böte sich ein mehrstufiges Verfahren an. Im ersten Schritt können der BuVo und
294 alle Mitglieder (Hürde wie beim Mitgliederbegehren) Vorschläge unterbreiten.
295 Dann folgt ein Votum, was aus Sicht der Mitglieder die drängendsten Themen sind
296 (Mitgliederbefragung) und dann ein verbindlicher Mitgliederentscheid. Wir
297 sollten dies im Zeitraum 2016 bis 2019 austesten. Analoge Regelungen in Landes-
298 und Kreisverbänden wären ebenfalls wünschenswert.

299 *Technische Herausforderungen:*

300 Es müssen „JA“/„NEIN“-Abstimmungen möglich sein, und auch hier muss es
301 festgelegte Zeiträume geben. Wiederum muss die Offline-Teilnahme integrierbar
302 sein. Die Briefe müssten in diesem Fall dann an ein Urabstimmungsbüro mit
303 notarieller Überwachung gehen. Die größte Schwierigkeit besteht darin, dass es
304 eine Möglichkeit geben sollte, im Zweifelsfall die Abstimmung nachzuvollziehen,
305 so wie man heute nach einer Wahl die Stimmzettel theoretisch erneut auszählen
306 kann. Hier braucht es eine verlässliche technische Lösung.